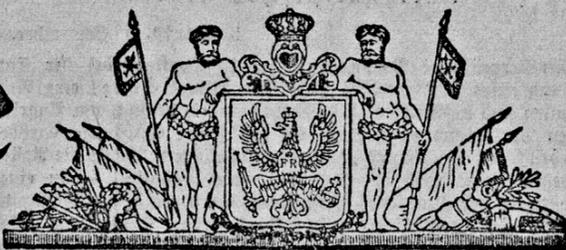


Vossische



Zeitung

4 Mark

Gegründet

1704

Mit
Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech. Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600 - 3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3636 - 3635. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

Englische Pläne zur Garantiefolge.

Die Rolle Bradburys.

* London, 4. September.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ hat von Bradbury, mit dem er in London sprach, die Versicherung erhalten, man könne erwarten, daß die deutsch-belgischen Garantieverhandlungen innerhalb weniger Tage zu einem für Deutschland wie für Belgien befriedigenden Ergebnisse führen würden. Ueber diese Frage hätten bereits während des letzten Besuchs der Mitglieder der Reparationskommission in Deutschland Erörterungen stattgefunden und Bradbury habe den Erfolg der in Frage kommenden finanziellen Operationen bei seinem Aufenthalt in London so gut wie sichergestellt. Ueber diese Vorbereitungen sei auch die französische Regierung genau unterrichtet gewesen, als sie dem belgischen Kompromißvorschlag zustimmte. Bradbury habe sechs oder sieben Kombinationen im Auge gehabt, um die deutschen Schatzscheine diskontierbar zu machen. Bei der schließlich von ihm gewählten Methode spiele, so hört der Berichterstatter der „Times“, Großbritannien eine wichtige Rolle.

Dieser Satz beunruhigt die Redaktion der „Times“, die im Kommentar zu den Mitteilungen ihres Pariser Korrespondenten darauf hinweist, daß das Gold der Reichsbank gar nicht mehr erwünscht werde, und daß man einen Plan in Betracht zu ziehen habe, der in irgendeiner Form englischen Kredit oder eine englische Garantie für die deutschen Schatzscheine vorsehe. Es sei verständlich, daß Herr Stinnes und seine Freunde, wenn sie darüber unterrichtet worden seien, die Goldverpfändungen einmütig und energisch ablehnten. Aber der englische Steuerzahler wäre sehr töricht, wenn er einem solchen Projekte zustimmte. Man habe ihm bei den letzten Wahlen versprochen, die Regierung werde „die deutschen Kassen leeren“, und jetzt solle er die Entscheidung machen, daß er dazu berufen sei, den „betrügerischen Bankrottierer Deutschland“ aus seiner eigenen Tasche zu unterstützen. Es sei unbedingt erforderlich, der öffentlichen Meinung sogleich volle Aufklärung zu geben.

Wenn der Optimismus Bradburys Recht behält, wird ja diese Aufklärung durch den Abschluß der deutsch-belgischen Verhandlungen in kürzester Zeit erfolgen. Einweilen wäre es verfrüht, zu den sensationellen, aber unbestimmten Mitteilungen des Pariser „Times“-Korrespondenten Stellung zu nehmen. Die Furcht des Blattes vor der Belastung des englischen Steuerzahlers ist wohl nicht ganz ernst gemeint und entspringt mehr innerpolitischen Oppositionswünschen.

Der Pariser „Times“-Korrespondent beschäftigt sich in seinem Berichte übrigens auch mit dem „Gerücht“ über den angeblichen Rücktritt Bradburys. Es sei möglich, daß Bradbury außerhalb der Reparationskommission bessere Arbeit leisten könne als innerhalb derselben; doch müsse man dies abwarten. Den Freunden Bradburys sei bekannt, daß er bestrebt sei, die Wahrheit über die Reparationen zu sagen und sich deshalb von allen amtlichen Fesseln frei zu machen. Bradbury sei vielleicht der einzige europäische Finanzfachmann, der fähig sei, die gegenwärtig schwebende Frage der Schatzscheine und ihre Garantien zu einem günstigen Abschluß zu bringen; dieser Meinung sei man auch in Frankreich. Der Korrespondent erinnert dann an den früheren Plan Bradburys, die Reparationsschuld in zwei Teile zu zerlegen. Dieser Plan finde in seinen breiten Umrißen die Zustimmung des britischen Schatzamtes; es sei aber beim jetzigen Stande der Dinge ganz unmöglich, irgendwelche Zahlen als endgültig anzusehen.

Das Abkommen mit Stinnes.

Paris, 4. September.

Marcel Hutin hatte eine Unterredung mit dem Senator de Luberac über die Vereinbarungen, die dieser mit Stinnes getroffen hat. Nach einem Bericht im „Echo de Paris“ hat die Einleitung der Abmachung folgenden Wortlaut:

„In einer Zusammenkunft zwischen Herrn de Luberac und Herrn Stinnes hat Herr de Luberac die ausnehmend kritische Lage auseinandergesetzt, in der sich noch heute die französischen Gebiete befinden, die noch ohne Obdach wären, und hat den hindernden Einfluß auf die französisch-deutschen Beziehungen hervorgehoben, der aus einer wirksamen Teilnahme Deutschlands am Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete sich ergeben würde. Herr Stinnes hat sich diesem Gesichtspunkte de Luberacs angeschlossen und hat in der Absicht, seinen Wunsch kundzutun, zu diesem Wiederaufbau beizutragen, mit de Luberac das Nachfolgende vereinbart.“

Es folge dann eine Abmachung, durch die Stinnes sich verpflichtet, dem Verbands Materialien zu liefern. Es sei das, erklärte Herr de Luberac, ein Kontrakt, der, wenn er von beiden Seiten loyal durchgeführt werde, den Wiederaufbau der zerstörten fran-

zösischen Städte und Dörfer in besonderer Weise beschleunigen könne. Nach Frankreich zurückgekehrt, habe er, wie das in der Abmachung festgelegt sei, der französischen Regierung sofort Mitteilung von der Abmachung gemacht. Um den Kontrakt möglichst nutzbringend zu verwerten, habe der Verband ein besonderes

Naturallieferungsamt geschaffen, das sich aus dem Präsidenten und den Verwaltungsratsmitgliedern des Verbandes der Cooperativen, des Verbandes der Architekten-Ingenieure und des Nationalverbandes für Bauhandwerk und öffentliche Arbeiten zusammensetze.

Die dritte Tagung des Völkerbundes.

Abrüstungsfrage - Minderheitenschutz - Desterreich - Orientfrage.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

jb Genf, 4. September.

Die erste Sitzung der dritten Völkerbundsversammlung, die heute vormittag 11¼ Uhr durch den derzeitigen Präsidenten des Rats, da Gama, brasilianischen Botschafter in London, eröffnet wurde, dauerte kaum eine halbe Stunde und brachte nicht einmal die erwartete Wahl des Präsidenten der Versammlung, da nach der kurzen französischen Ansprache des Tagespräsidenten die achtgliedrige Kommission zur Prüfung der Vollmachten der Delegierten gewählt wurde. Saal und Tribünen des großen Reformations-saales sind überfüllt, und da die Plätze der fehlenden Delegationen von anderen belegt wurden, so kann man in Ermangelung eines offiziellen Verzeichnisses der anwesenden Delegationen, das diesmal noch nicht vorliegt, nicht einmal feststellen, wer anwesend ist oder fehlt.

Im allgemeinen sieht man natürlich die längst vertrauten Gesichter. Auch der bisher erkrankt gewesene frühere Präsident der Eidgenossenschaft Gustav Ador ist in anscheinend guter Gesundheit da. Lord Balfour sieht man im Gespräch mit dem Grafen Mensdorf und dem österreichischen Gesandten Pflügel, und zwischen den Herren Bourgeois und Hanotau von der französischen Delegation und Herrn Quinones de Leon von der spanischen Delegation werden eifrig Verhandlungen geführt. Auf der Bank der englischen Delegation steht man neben Lord Balfour und der hageren Gestalt Fishers zum ersten Male eine Dame, die englische Erfahrungdelegierte Coolmans.

Der Präsident da Gama verwies in seiner Ansprache auf die in einigen Tagen in Rio de Janeiro stattfindende Jahrhundertfeier seines Heimatlandes Brasilien. „So sehr ich es bedauere“, erklärte er, „an dieser Feier nicht teilzunehmen, so glücklich bin ich, hier unter Ihnen zu sein und an diesem großartigen Werk von internationaler Bedeutung mitarbeiten zu können.“ Der Präsident wies auf die Wichtigkeit aller Artikel, die am Völkerbunde gelbt wurden, hin und betonte, daß drei Jahre für ein solches Werk nichts bedeuten und daß eine Aufgabe wie die des Völkerbundes nur durch unerschütterliche Ausdauer und Beharrlichkeit zum Ziele geführt werden könne.

Zunächst wird sich der Völkerbund über seinen neuen Präsidenten zu einigen haben. Die Wahl des chilenischen Gesandten in London, Edwards, zum Präsidenten der Versammlung scheint nicht mehr ganz sicher zu sein. Eine Reihe von süd- und mittelamerikanischen Staaten, die als Anhänger der Kandidatur von Edwards gelten konnten, sind bisher noch nicht bei der Versammlung vertreten, d. h. sie haben noch keine Delegationen angemeldet. Die anderen südamerikanischen Staaten dagegen erklären, eintreten zu wollen, so daß es also, falls sich ein Gegenkandidat findet, am Ende noch zu einem sehr interessanten Kampf kommen könnte, ähnlich wie im letzten Jahre zwischen dem Brasilianer da Cunha und dem Holländer van Karnebeek, in dem schließlich der Holländer siegte.

Im allgemeinen geht die Tendenz dahin, einen Vertreter Südamerikas zum Präsidenten zu wählen. Man will die Verbindungen mit Südamerika enger gestalten, und es ist deshalb auch geplant, ein besonderes südamerikanisches Verbindungsbüro zu schaffen. Mehrere Beamte des Völkerbundes haben zu Anfang dieses Jahres Südamerika bereist, um die Ansichten der dortigen Regierungen darüber zu ertunden, und im Generalsekretariat ist man bereits seit einigen Monaten mit der Ausbildung südamerikanischer Beamten für dieses Büro beschäftigt, über dessen Sitz die Versammlung zu beschließen haben wird. Wie sehr man in allen Organen des Völkerbundes geneigt ist, Südamerika seine Reverenz zu erweisen, geht auch aus einem gestern gefaßten Beschlusse der Abrüstungskommission hervor. Die chilenische Regierung hatte die Anregung gemacht, die Abrüstungsfrage dem Panamerikanischen Kongress zu unterbreiten, der im März 1923 in Santiago de Chile stattfinden wird. Die Kommission hat auf Antrag des spanischen Mitgliedes beschlossen, dieser Anregung mit Dank Folge zu leisten und die Hoffnung ausgesprochen, der Panamerikanische Kongress möchte zu einer praktischen Lösung in der Abrüstungsfrage führen, die sich in den allgemeinen Abrüstungsplan, mit dem die Kommission beschäftigt ist, einfügen lasse.

Die Punkte der Tagesordnung, auf die sich das stärkste Interesse konzentriert, sind neben dem Schicksal Desterreichs und der

Orientfrage, der Schutz der nationalen Minderheiten und die Abrüstung. Der Völkerbund hat nun offiziell anerkannt, daß die völkerbefreienden Friedensverträge ebenso wie die Völker neu unterjocht wie „beleidigt“ haben. Das Problem des Nationalstaates ist trotz des schönen Grundgesetzes vom Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht gelöst worden. Gerade das deutsche Volk, das infolge des Versailler Friedensvertrages in so vielen Staaten Europas erhebliche Minderheiten hat, wird die Verhandlungen des Völkerbundes in dieser Frage mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Hier sind in Deutschland für den Völkerbund Sympathien zu gewinnen, wenn er wirksam für die Wahrung der Rechte auch der deutschen Minderheiten eintritt. Ein besonderes Verfahren, das von einem Juristenkomitee auf Grund der Minderheitenschutzverträge, die für die Mitglieder des Völkerbundes bindende Verpflichtungen darstellen, ausgearbeitet wurde, wird der Versammlung zur Beratung vorliegen und hoffentlich noch stark verbessert werden. Hier sei übrigens nebenbei ein vielfach auftauchendes Mißverständnis aufgeklärt: als „Minderheiten“ im Sinne der Schutzverträge sind natürlich nur die fremdstämmigen und fremdsprachigen Bewohner eines Staates zu verstehen, die dessen Staatsangehörige sind, nicht aber die anderen Staaten angehörenden Bewohner, deren Schutz natürlich ihrem Heimatstaat obliegt.

Lord Robert Cecils Grundsätze für eine Abrüstung.

Die Grundlage für die Erörterung der Abrüstungsfrage auf der dritten Tagung des Völkerbundes wird der Antrag des englischen Delegierten Lord Robert Cecil bilden, dessen allgemeine Grundsätze für eine Abrüstung gestern von der Abrüstungskommission des Völkerbundes angenommen worden sind. Diese Grundsätze lauten wörtlich:

1. Kein Plan für die Herabsetzung der Rüstungen kann wirklichen Erfolg haben, wenn er nicht allgemein ist.
2. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Welt könnten die meisten Regierungen die Verantwortung für die ernsthafte Herabsetzung der Rüstungen nicht übernehmen, sofern sie nicht zum Ausgleich eine hinlängliche Gewähr für die Sicherheit ihres Landes erhalten.
3. Eine solche Gewähr kann durch ein allgemeines Defensivabkommen aller beteiligten Länder geleistet werden, das diese verpflichten müsse, tatsächlich sofort und einem vorher festgestellten Plane entsprechend einander Hilfe zu bringen in dem Falle, daß eines von ihnen angegriffen werden sollte. In dem Falle, wo ein Land aus historischen, geographischen oder anderen Gründen ganz besonders der Gefahr eines Angriffes ausgesetzt ist, sollen indessen besondere Maßnahmen zu seinem Schutze in Ausführung des vorher festgestellten Planes getroffen werden.
4. Es versteht sich, daß die Gesamtheit der vorhergehenden Resolutionen von einer Herabsetzung der Rüstungen von der im vorhin festgestellten Grundlage ausgeht und voraussetzt, daß ein wirksames Organ zur Feststellung der Durchführung und Aufrechterhaltung einer solchen Abrüstung geschaffen wird.

In der Kommission, in der dieser Plan bereits im Juli beraten worden war, hat Lord Robert Cecil erklärt, daß seiner Ansicht nach von einer wirklichen oder ernsthaften Herabsetzung der Rüstungen nur die Rede sein könnte, wenn diese Resolutionen von der Gesamtheit der europäischen Staaten und sogar von denen der ganzen Welt angenommen werden. Andererseits aber, erklärte Lord Robert Cecil, konnten alle Länder mit Recht verlangen, daß ihre Sicherheit gewährleistet wird, wenn sie ihre Rüstungen herabsetzen. Ferner, erklärte er, sei dieser Grundsatz auf England nicht in so unbedingter Form anwendbar. Aber die kontinentalen Staaten haben jedenfalls ein Recht zu der Forderung, daß ihnen im Falle einer Abrüstung Garantien für ihre Sicherheit gegeben werden. Ueber das allgemeine Defensivabkommen aller beteiligten Länder hat